

Wien, am Freitag, den 16. April 1926

Der Besuch der Lobau, die der Gemeinde Wien gehörige obere Lobau, die bis zum Jahre 1918 ein geschlossenes Hochwildjagdgebiet bildete, wurde unter ähnlichen Bedingungen, wie sie für den Besuch des Lainzer Tiergartens bestehen, für den allgemeinen Besuch freigegeben. Es wurden bei allen Eintrittstoren Orientierungstafeln angebracht und auch für ein ausgedehntes Wegmarkierungsnetz gesorgt. Als Besuchstage wurden alle Sonn- und Feiertage und die Wochentage mit Ausnahme des Donnerstag festgesetzt. Die Eintrittsgebühren betragen für Erwachsene zwanzig Groschen und für Kinder zehn Groschen. Die Gebühr für Motorradfahrer wurde mit zwei Schilling festgesetzt. Für jede Begleitperson der Motorradfahrer ist <sup>je</sup> eine Eintrittskarte für Erwachsene zu lösen. Die Kartenausgabe ist an Sonn- und Feiertagen bei den Einlasstoren, an Wochentagen im Gross-Enzersdorfer Gasthaus, im Uferhaus und bei Egerer, im Jägerhaus ausserhalb Aspern und im Gasthaus Grill, sowie am Hochwasser-Schutzdamm. Verkehrsgelassenheiten mit der Strassenbahn über Kagran nach Aspern oder weiter bis Gross-Enzersdorf, mit der Strassenbahn oder Ostbahn bis Stadlau. Vom Kaisermühlen können auch Motorbootüberfahren benützt werden. Im Forsthaus Lobau und im sogenannten Lobgrund wird Milch aus der städtischen Oekonomie ausgeschmakt. Es ist eine bekannte Tatsache, dass die Bevölkerung dieses so nahe bei Wien liegende herrliche und ausgedehnte Gebiet mit besonderer Vorliebe aufsucht. Die Gemeinde bittet um Schonung aller Kulturen und insbesondere des reichlichen Wildstandes.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. April 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung.

Ohne Wortmeldung werden mehrere Anträge angenommen. Darunter der Antrag des Vizebürgermeisters Emmerling auf Errichtung einer Gasgebläseanlage im Gaswerke Simmering (Sachkredit 600.000 Schilling) ferner der Antrag auf Errichtung einer Wassergasanlage im Gaswerke Leopoldau (2.600.000 Schilling) sowie die Anschaffung von vier Quecksilberdampf-Gleichrichtersätzen. Weiter der Antrag des Gemeinderates Alt auf Ankauf von vier Häusern in der Wiesengasse und Bechtergasse im Liechtental, das Mehrerfordernis von 5200 Schilling für das Fabrikationsmaterial des Institutes für Krüppelfürsorge, weiter eine Subvention von 1000 S. für die Zentralstelle für Kinderschutz- und Jugendfürsorge auf Antrag des Gemeinderates Hiess. Schliesslich die Anträge des Gemeinderates Iser auf Errichtung einer Gartenanlage und zweier Kinderspielplätze auf den Gründen der Modena realität (28.000 S.), die Herstellung von Betoneinfassungen und die Blumenauspflanzung der Baumscheiben in der Gehaltee der Ringstrasse längst des Rathausparkes (26.000 S.), die Neulegung von Hochquellenrohrsträngen im Bereiche der Wohnhausgruppe Sandeilen in Ottakring (49.000 S.), einige Baulinienabänderungen und schliesslich der Bauentwurf für den Wohnhausbau in Währing, Gertzgasse 79 (Kostenbeitrag 336.000 S.), den Stadtrat Siegel beantragt. Auf Antrag des Gemeinderates

Thaller erhält die Zoologisch-botanische Gesellschaft eine Subvention von 1000 S und der Verein für Geschichte der Stadt Wien 1500 S.

Hierauf wird die Debatte über die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1924 fortgesetzt.

Als erster spricht G.R. Zimmerl (chr. soz.) der ausführt: Wir haben vorausgesehen, dass die Hiebe, die Kollege Kunschak gelegentlich seiner Rede auf dem Parteitag gegen die Finanzverwaltung dieser Stadt gerichtet hat Eindruck machen werden wir konnten aber nicht erwarten, dass sie so stark und fest sitzen würden. Stadtrat Breitner hat sich in seinem Schlusswort überhaupt nicht mehr mit dem Rechnungsabschluss befasst, sondern ausschliesslich mit der Rede Kunschaks. Seine Antwort wurde vervielfältigt und in einer Massenaufgabe an die Wiener Bevölkerung verteilt. Wenn er ihr den Titel gibt "Kapitalistische oder sozialistische Steuerpolitik" so antworten wir darauf, dass wir selbst weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Steuerpolitik wünschen sondern eine vernünftige! Wir können nicht zusehen, wie die Wirtschaft getötet wird, wir wollen die Wirtschaft fördern. Sie bringen das Kunststück zusammen, sowohl eine kapitalistische als auch eine sozialistische Politik zu betreiben. Und zwar gleichzeitig, nämlich sozialistisch in der Gemeindeverwaltung, rein kapitalistisch in den Unternehmungen. Dass Breitners Steuerpolitik nicht nur die Reichen trifft, wissen wir alle, ich will dies aber jetzt nur an dem Beispiel der Nahrungs- und Genussmittelabgabe kurz darstellen.

Vor allem müssen wir uns dagegen wenden, wie man mit den steuerpflichtigen verhandelt. Man versucht nämlich jetzt die Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf gewisse Sechereibetriebe auszudehnen, richtet an die Stadtselcher eine Zuschrift, worin man von fünf Prozent Abgabe spricht die vom Bruttoumsatz, der ja schon von der Warenumsatzsteuer getroffen wird, zu leisten sind. Der Genossenschaftsvorsteher verhandelt ehrlich und offen und wird dafür hier später vor der Öffentlichkeit lächerlich gemacht. Wenn Sie es so weiter treiben mit Ihren Rosstänscherkünsten, so wird mit Ihnen überhaupt niemand mehr verhandeln. Es wird immer behauptet, dass durch diese Steuer nur die Luxusbetriebe getroffen werden. Der frühere Name Speise- und Getränkeabgabe, der später dann in Nahrungs- und Genussmittelabgabe abgeändert wurde, sollte zum Beispiel in der Einhebung der Abgabe in Betrieben wie bei Sacher begründet sein. Auch wenn man von dort Speisen wegträgt, so sollen sie ruhig besteuert werden, ähnliches gilt auch für die Konditoreien. Wenn Sie aber einen Betrieb wie den Selcher Sauer jetzt auf einmal in die Abgabe einbeziehen, so verteuern Sie dem armen Teufel, der dort sein Nachtmahl, ein paar Würstel, kauft. Ich lade den Herrn Stadtrat Breitner ein, sich an einem Samstag anzusehen, welche Leute sich bei Sauer förmlich anstellen. Das sind Arbeiter Angestellte und Mittelständler. Wir müssen daher auf das entschiedenste gegen diese Einbeziehung Stellung nehmen, wir glauben, dass endgültig über diese Sache beim Verwaltungsgerichtshof gesprochen werden wird. Wie unhaltbar diese Zustände sind geht schon daraus hervor, dass der Ertrag der Abgabe im Jahre 1923 40 Milliarden, im Jahre 1925 aber mehr als 120 Milliarden Kronen war.

Redner beschäftigt sich mit den letzten Ausführungen des Stadtrates Weber, der sich an der Debatte lebhaft beteiligte. Er war sichtlich erregt und nervös, was sich wohl damit begründet lässt, dass er ein arbeitsfreudiger Mensch, plötzlich durch das Ableufen des Anforderungsgesetzes sozusagen ein amtsführender Stadtrat geworden ist, der kein Amt zu führen hat.

Vom Wohnungsamt wurden ausgewiesen 4000 frei werdende Wohnungen, seit dem Ablauf des Anforderungsgesetzes aber in der kurzen Zeit von zwei Monaten dreitausend Wohnungen. Das heisst mit anderen Worten, dass bis Mitte März genau so viel Wohnungen frei wurden, wie früher in einem ganzen Jahr. Hier herrscht eine Unklarheit. E. warf uns Gedächtnisschwäche vor. Das Zahlenmaterial, das den Mitgliedern des Wohnungsausschusses und des Stadtsenates zur Verfügung steht, besagt jedoch, dass angeforderte Wohnungen 3243 vorhanden waren. Die angenommene Ziffer von 4000 ist also noch zu hoch gegriffen. Eine zweite Tabelle zeigt, dass im Monat Jänner allein 1675 Wohnungen angemeldet wurden beim Wohnungsnachweis. Das heisst also solche Wohnungen, die sonst Gegenstand der Anforderung waren. Auf zwei Monate umgerechnet ergibt dies also 3000 Wohnungen oder die Zahl der früher in einem ganzen Jahr aufgetragenen. Ueber diese merkwürdige Differenz müssen wir doch Aufklärung verlangen.

Angespielt wurde auch auf die Bemerkung die Stadtrat Weber über die wirtschaftliche und soziale Eignung der Mieter gemacht haben soll. Stadtrat Weber erklärte, dass er nirgends und niemals solche Worte gebraucht habe. Ich stelle demgegenüber fest, dass diese in März oder April vorigen Jahres nach ihrer gehaltenen Rede abgedruckt ist. Es heisst dort, dass sich die Mieter/wirtschaftlichen und sozialen Situation eignen müssen und dies steht nicht vielleicht in der Reichspost sondern im amtlichen Anzeiger für Wohnungstausch und Untermiete! Viel schärfere Töne schlug der Herr Stadtrat im Finanzausschuss an, wo erklärte: Sie können doch von uns nicht verlangen, dass wir Jeden in die städtischen Wohnhäuser aufnehmen. Sie weisen eben die Wohnungen nicht rasch an Obdachlose zu, die sind Ihnen heute zu schäbig. Sie schaffen eine neue Art von Aristokratie, das sind die Herren "Von-Genossen", die Sie in die Wohnhausbauten aufnehmen. Statt, dass man die Aermsten, wie man nur kann, stützt, ist die Gemeinde Wien der kinsgeierischste Hausherr, wenn dieses von Ihnen so gern gebrauchte Wort eine Steigerung zuliesse. Redner beschäftigt sich zum Schluss mit den städtischen Unternehmungen und ihren Bilanzen kurz erklärt, dass mit den Ziffern mehr als jongliert würde, dass hier ein Zauberer sein Wesen treibe, der ganze Posten wirklich und nicht nur zum Schein verschwinden lassen könne und wendet sich gegen diese zusammengestutzte Bilanz, die viel zu wenig Rubriken enthält. Seit den Jahre 1923 nehmen die Posten immer mehr ab dadurch verweigert man nicht nur die Kontrolle über die Gebarung sondern auch die öffentliche Rechnungslegung zu der die Unternehmungen verpflichtet sind. Man könne ja die Bilanz noch vereinfachen, indem man überhupt nur zwei Rubriken nämlich Einnahmen und Ausgaben macht. Redner stellt schliesslich den Antrag der Rückverweisung, der bei der Abstimmung abgelehnt wird.

G.R. Scholz (chr. soz.) ersucht den Referenten um verschiedene Aufklärungen über einzelne Posten des Rechnungsabschlusses und befasst sich dann vorwiegend mit der Strassenbahn. Im vergangenen Jahre wurden 125 Triebwagen aus dem Verkehr gezogen und um zehn Millionen Fahrgäste mehr befördert. Aus diesen Tatsachen könne man ersehen, dass die Strassenbahndirektion nicht daran gedacht hat, dem Verkehr zu verbessern. Redner zitiert dann zahlreiche Ziffern aus dem Rechnungsabschlusse, stellt vergleichende Betrachtungen an und gelangt zu dem Schlusse, dass die Posten keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben können.

G.R. Panosch (chr. soz.) wünscht, dass die Frage der Vorauszahlungen endlich geregelt werde. Die von den Gas- und Stromkonsumenten geleisteten Beträge müssten aufgewertet und verzinst werden. Dann bespricht der Redner die Strassenbeleuchtung von der Inneren Stadt, die er als schlecht bezeichnet, insbesondere die Kärtnerstrasse sei nach dem Verlöschen der Geschäftslampen finster wie ein polnisches Dorf. Dann wünscht Redner die Wiederherstellung von aufgelassenen Strassenbahnhaltestellen und die Schaffung von Sitzgelegenheiten für Trauergäste der neuen Aufbahrungshalle im Zentralfriedhofe.

G.R. Müller (chr. soz.) beschäftigt sich mit der Verwaltungstätigkeit des Direktors Lasch, der bei der Leichenbestattung Preastreiberei übe. Beispielsweise werde für eine Gruft auf dem Meidlinger Friedhof der unerhört hohe Betrag von 55 Millionen Kronen verlangt. Die gesamte Grundfläche des Friedhofes koste nicht soviel. Redner tritt dann für die Herstellung der Zufahrtstrasse zum Friedhof ein und wünscht die Verbesserung der Strassenbeleuchtung, sowie die Belassung von Gaslaternen an den Ecken jener Strassen, die elektrische Beleuchtung haben. Man dürfe die Gaskandelaber nicht einfach entfernen, sondern müsse eine Art Notbeleuchtung für die Vorsorge treffen, sonst könne es wie letztthin geschehen, dass im Falle einer Störung ganze Strassenteile ohne Licht sind. Der Strassenbahnverkehr sei schlecht und es scheine, dass die durch den Stadtbahnbetrieb erwachsenen Mehrkosten mit der Drosselung des Strassenbahnverkehrs herbeigebrought werden sollen. Schliesslich fordert Redner eine ausgiebige Bespritzung der Ausgangsstrassen Wiens an schönen Sonntagen, um der Staublage zu begegnen.

G.R. Lehninger (chr. soz.) bespricht die Verhältnisse bei der Krankenkasse der Strassenbahnen, die im letzten Jahre einen Vermögenszuwachs von acht Milliarden hatten und trotzdem der alten Verpflichtung auf Schaffung von Rekonvaleszentenheimen nicht nachgekommen. Auch die Ambulatorien lassen viel zu wünschen übrig, sie sind heute nichts anderes als eine Versorgungsanstalt für hebräische Aerzte die obendrein ihren Dienst lax versehen. Dann führt Redner Beschwerde darüber, dass dienichtsozialdemokratischen Strassenbahnorganisationen bei der Vergebung von den sogenannten Extradienstleistungen systematische übergegangen werden. Er verliest eine lange Liste von Namen solcher Strassenbahnbediensteter denen kein Extradienst gegeben wurde und bemerkt, es befinde sich darunter ein Familienvater mit vier Kindern, der aus Kränkung über die fortwährende Zurücksetzung Selbstmord verübt habe. Diese parteimässige Behandlung müsse endlich einmal aufhören.

G.R. Hedorfer (soz. dem.) ruft der Opposition zu: Zur Zeit Eurer Herrschaft hättet Ihr einen Menschen der nicht pariert ans Rad gebunden und ihn gevierteilt. Kunschak wird es bestätigen und Ihr wollt über Benachteiligung heute klagen.

G.R. Müller (chr. soz.) lachend: Der Hedorfer muss immer kitzeln.

G.R. Hedorfer: Gestehen Sie es doch ein, dass es so war (Lärm und zahlreiche Zwischenrufe bei der Opposition).

G.R. Lehninger: Wir würden lebhaft wünschen, dass die Strassenbahndirektion wieder einmal objektiv wird. Redner bespricht einen Fall, wo der Schaffner beim Uebertritt in die Freie Gewerkschaft sofort durch Extratouren belohnt wurde. Das ist die Freiheit, von der der Bürgermeister im Nachrufe beim Begräbnis des Verbandspräsidenten Schulz gesprochen hat. Damals sagte das Stadtoberhaupt, dass die Gemeindegestellten erst jetzt zu wirklich freien Menschen geworden sind, während sie früher nur Parasiten waren. Wenn man die Freiheit sich aber näher ansieht, so sieht sie ganz anders aus. Redner bringt den Fall der Kündigung eines in der Hauptwerkstätte Beschäftigten zur Sprache. Vom Mann des Bildungsausschusses vielfach beschimpft, gab dieser Mann seine Beziehungen zur Redaktion der Leuchtrakete auf. Unerhört wurde er weiter behandelt, wurde bei einer Vorsprache beim Stadtrat Speiser abgefertigt mit dem Hinweis, dass das alles Parteisache sei und er (Stadtrat) eine Amtsperson sei. Vielfachen Drangsalierungen ausgesetzt wurde er schliesslich auf die Strasse geworfen. (Stadtrat Speiser: Wenn das alles nur so ist!) Gemeinderat Preyer (chr. soz.): Der Bildungsausschuss der Hauptwerkstätte ist ja der reinste Bildungsausschuss für Plattenbrüder.) Redner beschäftigt sich hierauf mit Anschlägen im Bahnhof Gürtel, wo die Freie Schule Kinderfreunde der Republikanische Schutzbund, der Freidenkerbund, die Naturfreunde und der Verein die Flamme ihre Propaganda betreiben. Solange nicht mit dem Terror und den Gewaltmassnahmen bei der Strassenbahn gebrochen wird, können wir nicht für Rechnungsabschluss stimmen.

G.R. Doppler (chr. soz.) beschäftigt sich mit den Heizanlagen der Strassenbahnwagen die aus den Wagen entfernt wurden, sodass die Beheizung während des Winters nicht möglich ist. Trotzdem hat man vom Referententisch seinerzeit erklärt, dass alles in schönster Ordnung sei. Redner verlangt Aufklärung darüber. Er bespricht sodann das Ueberfüllungswesen der Strassenbahnwagen. Der Zustand sei unerträglich und die schlechte Ausnutzung der Monopolstellen. Schliesslich bespricht er einen Vorfall auf der Stadtbahn, wo am 8. Februar auf einem Zuge der Donaukanallinie und Gürtellinie die Fenster auf beiden Seiten geöffnet waren, obwohl es ein Wintertag war, und der Fahrtbegleiter hierzu erklärte, er sei nicht in der Lage dem Uebelstand abzuhelfen. Es wäre doch endlich einmal festzustellen, wer berufen ist, für die Ordnung im Zug zu sorgen. Erst nach zweijährigem Kampf ist es gelungen, die Früherlegung des ersten Zuges der Linie 43 um 12 Minuten zu erreichen. Die Strassenbahndirektion stellt sich immer auf ihren Justamentstandpunkt. Redner verlangt die Weiterführung des Nachtautobuses bis nach Dornbach, weil das Bedürfnis danach tatsächlich vorhanden ist und bespricht zum Schluss den Abbau einiger Leute im Kohlenbergbau Neufeld an der Leitha, wo ein mehrfach beschäftigter Mann im Betriebe verblieb. Leute christlicher Gesinnung aber, die sonst keine Einkünfte haben abgebaut wurden.

G.R. Erbau (chr. soz.) verlangt, dass die Geschäftsleute die bei den Strassenherstellungen durch die Gemeinde Wien in ihrem Betriebe schwer geschädigt werden, unterstützt werden. Beim Umbau des Gewölbes des Alsbaches stehen die Planken der Abgrenzung bis knapp an die Geschäftsportale und der Geschäftsgang wird dadurch lahmgelegt. Die Depu-

ation der Geschäftsleute, die bei den Stadträten Emmerling und Siegel vorsprachen, wurde damit abgespeit, dass die Gemeinde keinerlei Unterstützungen für sie geben könne. Redner beschäftigt sich zum Schluss mit den Prozessen wegen der Leichenversicherungen, deren Erfüllung die Gemeinde Wien nicht einhält. Die Gemeinde muss unter allen Umständen einen einmal geschlossenen Vertrag einhalten und nicht so wie bisher üblich ein Begräbnis letzter Klasse für ein Begräbnis erster Klasse, auf das jemand versichert war, geben. Das ist unanständig und einer Stadt, die dazu noch den Rang eines Landes hat, unwürdig.

Vizebgm. Emmerling kommt in seinem Schlusswort auf die in der Debatte vorgebrachten kritischen Bemerkungen und Beschwerden zurück. Gegenüber dem Gemeinderate Haider, der sich über tiefgehende Unterschiede zwischen den Ziffern des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses wunderte, müsse auf die Veränderungen wirtschaftlicher Art hingewiesen werden, die seit der Aufstellung des Voranschlages eingetreten sind, und die sich naturgemäss auch in der Gebahrung ausdrückten. Solche Veränderungen zeigten sich auch in der Vorkriegszeit. Man kann eben die Führung eines Geschäftes nicht auf ein Jahr vorher in allen Einzelheiten genau bestimmen. Das kann man nicht einmal von seinem eigenen Haushalt sagen.

Ueber die öffentliche Beleuchtung wurde schon gelegentlich der Budgetdebatte mitgeteilt, dass nach Möglichkeit Verbesserungen vorgenommen worden sind und dass zu 72 Prozent der Vorkriegsstand in der Gasbeleuchtung eingeführt erscheint, wozu aber noch die neue Elektrische Beleuchtung kommt, mit denen viele Strassen bedacht wurden. Freilich können nicht mit einem Schlage die Beleuchtungsverhältnisse auf das normale Mass gebracht werden. Zur Führung der städtischen Unternehmungen ist zu sagen, dass wir auf der Basis der Selbstkosten wirtschaften und die Preise ohne Nötigung nicht erhöhen. Wenn über den Zillingdorfer Bergbau Beschwerden laut wurden, so ist darauf zu erwidern, dass die Auslandskohle billiger geworden und die Gesteungskosten in Zillingdorf gestiegen sind. Wir müssen angesichts dieser Erscheinungen untersuchen, inwieweit es Sinn und Zweck hat, diesen Bergbau noch weiter zu betreiben.

G. R. Angermayer (chr. soz.): Damit sagen Sie, dass Sie Zillingdorf eingehen lassen müssen.

Vizebgm. Emmerling: Zur Zeit, als wir das Zillingdorfer Werk voll ausnützten hatten wir auch noch keine Wasserkräfte. Sie sind nun wirksam und das macht sich natürlich in der Elektrizitätsversorgung fühlbar. Wir können doch nicht Kesselheizen, wenn wir genügend Wasserkraft haben. Wir müssen die Ausbeute in Zillingdorf so gestalten, dass sie sich noch in unserem Betrieb einfügen lässt. Dabei ist zu bedenken, dass wir die Unternehmungen nicht mit Absicht auf Gewinn führen. Wenn die Stromkosten den Kosten der Stromerzeugung gleich sind, so ist damit erwiesen, dass wir auf der Basis der Selbstkosten arbeiten. Und wenn wir die Betriebe bisher so geführt haben, dass wir alles was nicht wertvermehrend war, sondern was nur zur Führung des Betriebes notwendig gewesen ist, auf Betriebsausgaben gesetzt haben, so taten wir daran gut. Wir hätten ja verschiedene Anlagen beim Elektrizitätswerk und Gaswerk und bei den Strassenbahnen, die in den letzten Jahren geschaffen worden sind, nach Ihrer Methode aus Anleihegeldern bezahlen können. Aber wir mussten doch auch auf die Fortschritte der Technik Rücksicht nehmen. Diese durch den Krieg erzeugten technischen Fortschritte haben speziell in der Elektrizitätswirtschaft zu einer völligen Umstellung

geführt. Hätten wir also diese Anlagen damals aus Anleihegeldern geschaffen, so müssten wir heute rasche Abschreibungen vornehmen, sollten wieder nur unsere Bilanz belasten, oder aber wir hätten Anlagen zu Buch

stehen, die den Fortschritten der Technik eigentlich nicht mehr entsprechen, daher haben wir gut daran getan, alles aus Betriebsmitteln bestreiten.

Zu der Kritik, die Gemeinderat Zimmerl vorbrachte, ist zu sagen, dass er augenscheinlich nicht die ganze Bilanz durchgesehen hat, sonst hätte er nicht nach Posten fragen können, die in einer zusammenfassenden Uebersicht enthalten sind. Daraus können Sie ersehen, dass wir nichts verschleiern wollen. Was den Ausbau der technischen Einrichtungen anlangt, so haben auch die städtischen Elektrizitätswerke alles getan, was möglich war. Wir haben die Kessel geändert und dadurch den Erfolg erzielt, dass wir mit weniger Kohle mehr Strom erzeugen! Die Vorauszahlungen für Gas und Strom wurden von den Werken zu einer Zeit eingehoben, in der ohne gesicherte Vorratswirtschaft überhaupt eine Betriebsführung unmöglich gewesen wäre. Wir konnten in der schwersten Zeit der Eisenbahnerstreiks Gas und Strom ohne Beschränkung liefern und haben in dieser Stadt keinen Menschen gehabt, der in Sorge war, ob er sein Mittagessen kochen oder seine Wohnung elektrisch beleuchten wird können, weil wir eine gut fundierte Vorratswirtschaft geführt haben. Wir brauchen täglich dreihundert Waggon Kohle für unsere Gas- und Elektrizitätswerke und Sie können sich denken, welche Vorräte da angesammelt werden müssen, um einen Eisenbahnerstreik, wie wir ihn schon gehabt haben, auszuhalten! Es ist uns aber gelungen. Die Wiener Bevölkerung hat immer Gas und Licht erhalten. Um über diese Vorratswirtschaft durchführen zu können, mussten wir diese Vorauszahlungen einheben, deren Verzinsung möglich ist, aber den Konsumenten gar keinen Vorteil bringen. Bedenken Sie doch, dass wir siebenhunderttausend Gas- und Stromabnehmer haben. Stellen Sie sich doch die Arbeit vor, die mit der Berechnung dieser Zinsen verbunden ist. Die Kosten dieser Arbeit müssen natürlich die Konsumenten bezahlen. Die Minderheit hier in diesem Saal hat dies übrigens schon längst eingesehen und auch einmal dieses Verlangen zurückgezogen. Das Gericht hat sich ebenfalls auf unsere Seite gestellt, weil diese Vorauszahlungen jene Beträge waren, die uns die Vorratswirtschaft/und der Bevölkerung eine klaglose Versorgung mit Gas und elektrischen Strom gesichert haben. Was die Heizkörper in den Strassenbahnwagen anlangt, so muss festgestellt werden, dass sie im Krieg herausgenommen worden sind und für die Kriegführung dienten. Wir bauen diese Heizkörper wieder ein. Uns daraus einen Vorwurf zu machen, ist unverständlich. Der Autobusverkehr in der Inneren Stadt hat nur dann einen Zweck, wenn die Leute auf den Wagen nicht warten müssen, weil sie sonst rascher zu Fuss am Ziel sind. Wir haben auch da die verschiedensten Versuche gemacht und ist der gegenwärtige Zustand der beste. Auch am Sonntag haben solche Wagen geführt. Sie sind aber leer geblieben, weil an diesem Tag die Stadt leer ist. Wir bemühen uns auch die vielen Strassenbahnwünsche zu erfüllen. Das dies schwer ist, muss wohl auch der Gegner zugeben. Unsere Unternehmungen werden nach einem bestimmten Prinzip geführt, das wir weiter beibehalten werden. Wir haben diese Unternehmungen ausgebaut, sie brauchen an die Gemeindegasse keine Gewinne abzuführen, aber sie müssen sich selbst erhalten. (Lebhafter Beifall)

Damit ist die Debatte über die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen beendet. Sie werden mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt, dass die Kosten der öffentlichen Beleuchtung auf dem Karlsplatz, die anlässlich der neuen Führung der Strassenbahnlinien aufgelaufen sind, auf die Strassenbahn- die Gas- und Elektrizitätswerke aufgeteilt werden.

G.R. Scholz (chr. soz.) bemängelt, dass auch die Strassenbahn, die doch mit der öffentlichen Beleuchtung gar nichts zu tun hat, mit einem Betrag von 34.399 Schilling belastet werde. Dies geschehe wohl nur deshalb, um bei diesem Unternehmen den grossen Ueberschuss, der für das Jahr 1925 zu erwarten ist, zu verschleiern. Diese Kosten soll doch die Hoheitsverwaltung zahlen.

Vizebürgermeister Emmerling erwidert, dass diese Auffassung unrichtig sei, weil dieser Betrag bei der Strassenbahn nicht auf Betriebskosten, sondern auf Anleihe verrechnet wird.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Lötsch berichtet über die Ueberlassung von Grundflächen an das Arsenal. (Ohne Debatte angenommen) Auch der Verkauf der Gutsbestandes der früheren Lungenheilstätte Steinklamm, die wegen der fortwährenden Ueberschwemmungen aufgelassen werden musste, wurde ohne Debatte beschlossen.

St. R. Kokrda berichtet über einen Zubau zur Grossmarkthalle in dem die Abteilung für Fleischwaren untergebracht werden soll. Die Raumverhältnisse gestalten sich dort immer unerquicklicher und besonders der Fleischsammelplatz und die Gehilfengarderobe mit den Nebenräumen wird durch diesen Zubau wesentlich besser untergebracht sein. Die Kosten sind mit 480.000 Schilling vorgesehen.

Vizebgm. Hoss (chr. soz.) verweist darauf, dass bereits im Jahre 1924 und 1925 grössere Beträge für die Ausgestaltung der Grossmarkthalle ausgegeben wurden, trotzdem aber sind die Raumverhältnisse noch immer nicht entsprechend. Wir bekommen heute viel mehr Fleisch aus den Sukzessionsstaaten und weniger Vieh geliefert. Es wäre daher notwendig, sich eingehend mit diesem Problem zu befassen, da eine solche Lösung nur für kurze Zeit befriedigen könnte. Ob sich der gesamte Betrieb auf dem heutigen Platz wird überhaupt abwickeln können ist fraglich.

St. R. Kokrda erklärt, dass die Frage schrittweise gelöst werden müsse, nach der bereits geschaffenen neuen maschinellen Anlage soll nunmehr durch diesen Zubau eine weitere Verbesserung des Betriebes ermöglicht werden. Sicher aber ist, dass nicht auf einmal und ohne Unterbrechung des gesamten Betriebes eine Reform durchgeführt werden kann. Wenn die beabsichtigten Reformen aber durchgeführt sind, wird sich der Betrieb klaglos gestalten.

Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen der Mehrheit und der Minderheit angenommen.

G.R. Hiess (soz. dem.) beantragt für die Tuberkulosenfürsorge des Landesvereines vom Roten Kreuz für Wien und Niederösterreich eine Subvention von 2000 Schilling.

G.R. Paulitschke (chr. soz.) erweist auf die parteimässige Verteilung von Subventionen, die heute in der Gemeinde eingerissen sei, und darauf, dass man aus dem Antrag nicht die Leistungen des Vereines entnehmen könne. Redner schildert hierauf die bisherige Tätigkeit des Landesvereines und beantragt, an Stelle der 2000 S eine Subvention von 5000 S zu gewähren.

G.R. Hiess erklärt hierauf, dass es sich dem Verein der, wie erwähnt das grösste Wiener Kino betreibt, nicht so sehr um eine geldliche Unterstützung als um eine Anerkennung des Gemeinderates in dieser Form handelt, wie aus dem Eingabe hervorgeht.

Der Antrag Paulitschke wird abgelehnt, Der Referentenantrag unverändert angenommen.

G. R. Hiess beantragt, dem Verein Jugendheim, der in Wien 90 Abendheime führt, eine Subvention von 20.000 Schilling zu gewähren.

G. R. Panosch (chr. soz.) fragt, wo die neunzig Heime eigentlich sind, da man bis jetzt von diesem Verein nichts gehört hat. Er bemängelt schliesslich die Art der Antraganstellung überhaupt. Früher wurde den Mitgliedern des Gemeinderates eine Liste der Subventionsansuchen mit allen Einzelheiten übergeben, man konnte sich genau informieren, das ist heute unmöglich.

G. R. Hiess erwidert, dass dieser Verein hauptsächlich Lehrlinge und Lehrlingmädchen in den Abendstunden beschäftigt und sie so den Gefahren der Strasse entzieht. Für die Lokale müsse natürlich Beleuchtung und im Winter auch Beheizung gezahlt werden. Dafür hat der Verein im vergangenen Jahr nicht weniger als 60.000 Schilling ausgegeben.

Der Antrag wird angenommen.

G. R. Hiess berichtet, dass der Fürsorgeverein Societas von der Gemeinde das Heim im Ggöttgraben übernommen hat und es als Pflegestätte für vorschulpflichtige Kinder führt. Das Heim müsse aber gründlich hergerichtet werden und da fehlen die Verein die erforderlichen Mittel. Die gleichen Verhältnisse herrschen im Kinderheim in Mauer. Es wird daher beantragt, dem Verein ein unverzinsliches Darlehen von 20.000 Schilling zu gewähren, das bis Ende 1927 rückgezahlt werden muss.

G. R. Holoubek (chr. soz.) erklärt, dass dieser Verein bereits einmal ein Darlehen von der Gemeinde erhalten habe und wünscht Mitteilung darüber, ob es schon rückgezahlt worden ist. Schliesslich bemängelt er die Subventionspolitik der Gemeinde, die als parteipolitisch bezeichnet.

G. R. Stöger (chr. soz.) schildert eingehend die Tätigkeit <sup>auch</sup> des Caritasverbandes und wünscht, dass man ~~man~~ diesem Verein für seine aufopfernde Tätigkeit unter die Arme greifen solle. Professor Tandler hat erst kürzlich erklärt, dass man die Arbeitslosigkeit auch in dem rapiden Ansteigen der <sup>K</sup>uberkulose erkennen kann. Er stellt den Antrag, dass der <sup>F</sup>inanzreferent ehestens das Gesuch des Verbandes um eine Subvention aufrecht zur <sup>E</sup>rledigung vorlege.

St. R. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass es geradezu eine Beleidigung für den Gemeinderat sei, in welcher Weise der Referent berichte. Er scheine sich nicht klar darüber zu sein, was das Referat beinhalte. Wo sind die 90 in Wien errichteten Heime. Das sind keine Heime, sowie sie der Verein Societas errichtet hat, das sind in Wahrheit nichts <sup>in</sup> als/Parteisekretariaten untergebrachte Heime, wo die Jugend systematisch zu den sozialistischen Ideen erzogen wird. Wenn man dem Jugendheim eine Subvention bewilligt, so wäre eine solche auch dem Verein Societas zu gewähren, da dieser Verein tatsächlich zwei Heime in Wien unterhält, die, wie wir anerkennen, Gutes leisten wenn wir auch sonst die Tendenzen der Societas nicht billigen können. Diese 90 Heime von denen gesprochen wird sind nichts als "Pflanz", sowie die ganze <sup>E</sup>instellung der Gemeinde zu vielen Fragen auch nichts anderes als Pflanz ist.

Der Antrag wird angenommen.

Stadtrat Rummelhardt beantragt die Resumierung des Beschlusses auf Gewährung der Subvention für den Verband Jugendheim, die <sup>er</sup> als eine parteimässige bezeichnet, weil in diesen Heimen die Jugend parteipolitisch erzogen werde.

Bürgermeister Seitz erklärt, dass die Geschäftsordnung einen solchen Antrag nicht zulasse.

Die Sitzung wird um 11 Uhr nachts geschlossen.